

Stiftung als Bad Bank

Die Stadt Hamburg lässt ihre Museen im Stich

Stiftungen, so hat die frühere Hamburger Kultursenatorin und später zur Staatsministerin im Bundeskanzleramt avancierte Christina Weiss einmal gesagt, seien die Heiligen des Kulturbetriebs. Schon die positive Konnotation ihres Namens wecke Assoziationen mit dem Guten. Also lag es nahe, diesen Nimbus zu nutzen, als es unter der Ägide des einstigen Liebling der Hamburger Kulturszene darum ging, die weiland etwas verschlafenen Museen der Hansestadt einer radikalen Strukturreform zu unterziehen: Weg von den alten Zöpfen der Kameralistik und der Ärmelschoner-Mentalität von klassischen Museumsbeamten und hin zu selbständiger Bewirtschaftung des Budgets unter eigener Personalhoheit war die Devise. Das Ziel: Anstieg von Flexibilität und Kreativität des Denkens bei erhöhter Serviceorientierung und Stolz auf gelungene Projekte. Und mehr noch: Attraktivität für Zustiftungen Dritter. Wie konnte das besser gelingen als im adretten Rechtskleid der Stiftung – gemeinhin verstanden als Träger eines auskömmlichen Vermögens, der durch kluge Verwaltung unabhängiger und kompetenter Organe seine Zwecke aus eigenen Mitteln dauerhaft und nachhaltig verfolgt.

Indes: Der Plan war listig und die Öffentlichkeit naiv, denn der Staat kann sich seine Rechtskleider selbst stricken. Und im Falle der Hamburger Museen war das fatal. Denn vor allem bei der Stiftung des öffentlichen Rechts genießt er vollständige Gestaltungs-, um nicht zu sagen Narrenfreiheit. Während er vergleichbare Projekte Privater nur anerkennt, wenn deren Ausstattung mit Geld und Sachmitteln gefahrloses Überleben sichert, darf er bei eigenen Vorhaben ein Auge zudrücken. Und so geschah es zwischen Elbe und Alster, wo alsbald mit mächtigem Aplomb vier Museumsstiftungen errichtet wurden, finanziert allerdings je nach Haushaltslage und ohne jedes Stammvermögen: Musentempel auf fremdem Grund und Boden, mit Sammlungen, die sie bloß als Leihgabe von Staates Gnaden besitzen, und behaust in Gebäuden, für deren zeitgemäße Ausstattung ihre Direktoren um private Zuwendungen betteln müssen, während sie städtischen Immobiliengesellschaften üppige Mieten zahlen. Ist das die heile Stiftungswelt?

Jetzt wird gejammert und gezetert. Trotz schon einmal erfolgter Entschuldigung geht in der Hamburger Kunsthalle buchstäblich das Licht aus. Selbst der laufende Gebäudebetrieb ist offenbar nicht mehr zu bezahlen (F.A.Z. vom 19. Mai). Die vom Frankfurter Städel abgeworbene Direktorin des Museums für Kunst und Gewerbe sagt nicht ohne einen Funken von Nostalgie, sie arbeite in der Hansestadt vor leeren Kuratorenstühlen und ständig „mit der schwarzen Null im Nacken“. Aber jeder hätte es von Beginn an wissen können: Die Hamburger Museumsstiftungen sind Mogelpackungen. Nie waren sie mehr als mit einem schönen neuen Namen versehene klassische Anstalten des öffentlichen Rechts, mittelbare Staatsverwaltung am Gängelband der Politik, chronisch klamm, stets am Tropf öffentlicher Haushalte und versehen mit Personalstrukturen, die noch immer nach den Noten von ver.di spielen.

Echte Stiftungen haben Vermögen. Sie hüten es vor fremdem Zugriff und gewährleisten seinen zweckgerechten Einsatz. Das schafft Sicherheit und motiviert Spender, sich bei ihnen großzügig zu engagieren. In Hamburg hingegen ist es umgekehrt: Die mit der Verantwortung für ihnen nicht gehörende Gebäude und Sammlungen beladenen Museen schützen den Staat vor der Verantwortung für seine Kulturgüter. Das ist das Modell der „Bad Bank“, nur leider übertragen aus der hässlichen Welt der HSH-Nord-Spezialisten in das Paradies des doch eigentlich Wahren, Schönen, Guten. Es läge in der Logik der Nimbustheorie, das Fuhlsbüttler Gefängnis in eine Stiftung zu verwandeln – zur Motivation der Insassen und zur Erhöhung der Attraktivität des Strafvollzuges. Hauptsache, es kostet kein Geld.

Dem Stiftungswesen tut solches Treiben Gewalt an. Wer seinen guten Leumund nutzt, um juristische Phantasiegebilde ohne wirklich stiftungshafte Strukturen zu schaffen, der beleidigt Wohltäter, die freigebig und aus uneigennütigen Motiven Gemeinwohlpflege unterstützen. Zwar gibt es längst auch unter Privaten schwarze Schafe. Landauf, landab verkaufen findige Experten hybride Konstruktionen, die vordergründig wohltätige Stiftungen dazu einsetzen, in Wahrheit stiftungsfremde Zwecke wie unternehmerische Führungsaufträge oder politische Einflussnahme zu betreiben. Groß ist offenbar der Reiz, den Bertelsmann oder die Bertelsfrau zu spielen. Dass die Politik nicht eingreift, wo der von ihr selbst reklamierte gute Ruf von Stiftungen auf diese Weise beschädigt wird, liegt auf der Hand: Wer im Glashaus sitzt, der wirft eben nicht mit Steinen. Der wahre Wohltäter jedoch hat längst erkannt: Wo der Staat stiftet, da geht er selbst besser stiften. PETER RAWERT